

### V4-Beschluss Transparenz statt undurchsichtige Milchglaspolitik!

Antragsteller\*in: GRÜNE JUGEND Hamburg  
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes-Anträge (V-Anträge)

#### Antragstext

1148 Das fehlende Vertrauen in die politischen Parteien ist verheerend für unsere  
1149 Demokratie, denn Parteien sind in Deutschland ein zentraler Bestandteil der  
1150 Politik und bestimmen maßgeblich über die politische Ausrichtung mit.

1151 Wichtige Faktoren beim Vertrauen in das politische System sind Korruption und  
1152 mangelnde Transparenz. Dabei geht es im Falle von Korruption weniger um direkte  
1153 Tauschgeschäfte von Abstimmungen gegen Geld, die längst strafbar sind. Vielmehr  
1154 geht es um strukturelle Korruption, die sich aus der Nähe zu  
1155 Lobbyvertreter\*innen ergibt. Die 2016 bekannt gewordene Möglichkeit für Geld  
1156 Zugang zu wichtigen SPD-Politiker\*innen zu bekommen (Rent a Sozi), ist ein  
1157 Beispiel für strukturelle Korruption. Es wird nicht direkt an die  
1158 Politiker\*innen und nicht für Gegenleistungen Geld gezahlt, sondern für den  
1159 Zugang bzw. die Möglichkeit der Beeinflussung.

1160 Die Regierung kann zu Gesetzesentwürfen Anhörungen veranstalten und dort haben  
1161 dann registrierte Interessensverbände die Möglichkeit ihre Meinung kundzutun.  
1162 Das ist an sich nicht verwerflich. Problematisch wird es, wenn ganze  
1163 Textpassagen von Publikationen der Lobbyverbände unverändert übernommen werden.  
1164 Auch das ist strukturelle Korruption, da auch dies nicht durch demokratisch  
1165 legitimierte und transparente Abläufe geschieht, sondern durch Deals in  
1166 Hinterzimmern.

1167 Von daher hat die Frage der Korruption von Abgeordneten und Parteien viel mit  
1168 der Regulierung von Lobbyismus zu tun. Grundsätzlich spricht nichts gegen  
1169 Lobbyismus, also das Vertreten eines Interesses, da alle Anhänger\*innen aller  
1170 Interessen dazu die Möglichkeit haben. Problematisch wird es dann, wenn einige  
1171 Lobbygruppen Vorteile gegenüber anderen erhalten. Dies geschieht entweder direkt  
1172 durch Verschaffung von Zugang (siehe abgeschaffte Praxis von Hausausweisen für  
1173 den Bundestag durch Fraktionen) oder durch bezahlten Zugang (siehe Beispiel von  
1174 der SPD). Auf diese Weise werden finanzstarke Lobbyverbände begünstigt ihr  
1175 Interesse zu vertreten bzw. finanzschwächere Organisationen  
1176 (meistens zivilgesellschaftliche Lobbygruppen, die auf Spenden angewiesen sind)  
1177 benachteiligt. Um diese Arten von Bevorzugung zu erschweren, fordern wir ein  
1178 verpflichtendes Lobbyregister für alle Lobbygruppen, die in irgendeiner Weise  
1179 Zugang zu Politiker\*innen bekommen wollen. Des Weiteren sollte jeder gewährte  
1180 Zugang zu Politiker\*innen (Hausausweise von Parlamenten, Treffen mit  
1181 Politiker\*innen) unter Nennung der beteiligten Politiker\*innen und Lobbyverbände  
1182 gemeldet und gebündelt zweimal jährlich veröffentlicht werden.

1183 Neben diesen Punkten sind auch die Nebenverdienste und -tätigkeiten von  
1184 Abgeordneten ein Thema. Grundsätzlich können Nebentätigkeiten nicht verboten

1185 werden, das gebietet das verfassungsrechtlich verankerte freie Mandat.  
1186 Allerdings sollten die Bürger\*innen über die Nebentätigkeiten, sowie die Höhe  
1187 der Einnahmen aus selbigen informiert werden, um sich selber ein Bild machen zu  
1188 können.

1189 Die Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages enthalten bereits Regeln zur  
1190 Angabe von Einkünften und einigen weiteren Punkten. Es gibt aber auch Aspekte,  
1191 die noch nicht vorhanden sind oder ungenügend geregelt werden, die wir aber für  
1192 geboten halten. Reisen von Abgeordneten, zu denen sie auf Kosten Dritter  
1193 eingeladen wurden, sollten veröffentlicht werden. Spenden sollten nicht erst ab  
1194 5000€ angezeigt und ab 10000€ veröffentlicht werden. Stattdessen sollte eine  
1195 Anzeige bereits ab 1000€ und eine Veröffentlichung ab 2000€ erfolgen.

1196 Dem Parlament sollte u.a. zusätzlich angezeigt werden: Art des Vorteils und Name  
1197 der vorteilsgebenden Person, wenn ein\*e Abgeordnete\*r regelmäßig erhebliche  
1198 Vorteile/Zuwendungen erhält oder der\*die Vorteilgeber\*in den\*die Abgeordnete\*n  
1199 mit Sekretariats- bzw. Assistenzdiensten im Zusammenhang mit der  
1200 Abgeordnetentätigkeit unterstützt. Darüber hinaus sollten Abgeordnete ihre  
1201 Steuerbescheide dem Parlament gegenüber veröffentlichen und ihr Vermögen  
1202 offenlegen. Allerdings können diese dem Parlament zugänglich gemachten  
1203 Informationen von einer Veröffentlichung ausgenommen werden, wenn dies die  
1204 Umsetzbarkeit dieser Forderungen erleichtert oder erst ermöglicht.

1205 Diese Forderungen schränken die Abgeordneten nicht in der Ausübung ihres freien  
1206 Mandats ein. Durch eine erhöhte Transparenz ist es jedoch möglich, langsam  
1207 wieder Vertrauen in das politische System aufzubauen, welches für eine  
1208 Demokratie essentiell ist. In anderen Worten ist die Umsetzung dieser  
1209 Forderungen eine vertrauensbildende Maßnahme.

1210 Vor diesem Hintergrund fordert die GRÜNE JUGEND die Änderung der relevanten  
1211 Gesetze und der Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages entsprechend der oben  
1212 genannten Forderungen. Auch ohne diese Umsetzung fordern wir von den  
1213 Abgeordneten die freiwillige Offenlegung der genannten Informationen.